



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Wohneigentum ermöglichen: Sozialen Aufstieg und Altersvorsorge stärken**

**Berlin, 04.03.2025. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert von der kommenden Bundesregierung mehr Menschen den Zugang zu Wohneigentum zu erleichtern. „Die bezahlbarste Wohnung ist auch in Zukunft die bezahlte Wohnung. Aktuelle Studien bestätigen es: Die Bürgerinnen und Bürger möchten Wohneigentum, vor allem auch als Schutz vor Altersarmut. Die geringe Eigenkapitalquote ist dabei Hemmnis Nummer eins. Hier können nur Bürgerschaftsprogramme, Nachrangdarlehen und die Aussetzung der Grunderwerbssteuer bei Selbstnutzung helfen“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Es ist nicht schwer zu verstehen: Hohe Transaktionskosten überfordern die Haushalte. Die Aussetzung der Grunderwerbssteuer bei Selbstnutzung und ein verlässliches Förderprogramm, dass die Finanzierungslücke bei fehlendem Eigenkapital schließt, sind die Schlüssel, um deutlich mehr Menschen Eigentum zu ermöglichen.

Laut aktuellen Studien wünscht sich der überwiegende Teil der Befragten, egal welchen Alters, Wohneigentum. Fehlendes Kapital und hohe staatliche Kosten sind Gründe für die geringe Eigentumsquote, verlorenes Vertrauen in die Verlässlichkeit von staatlichen Rahmenbedingungen ein weiterer. Hier kann eine neue Bundesregierung Akzente setzen durch Kostensenkungen und klare, beständige Regeln.

Wir erleben zurzeit eine immer weiterwachsende Krise auf dem Wohnungsmarkt. Zu wenige freie Wohnungen im Markt treffen auf einen enormen Bedarf. Hier wird am Ende nur mehr Wohnungsbau helfen können, doch dazu müssen sich die Rahmenbedingungen schnell ändern, damit mittelfristig das Angebot steigen kann. Die Wohnkosten für Mieterinnen und Mieter steigen derweil weiter und belasten Familien, Auszubildende und Rentner. Wohneigentum schützt verlässlich vor Altersarmut. Hier kann und muss jetzt umgesteuert werden“, so der BFW-Präsident.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.